

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article

Realistische Politik in Afrika?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1978) : Realistische Politik in Afrika?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 6, pp. 270-271

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135195>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Realistische Politik in Afrika?

Die Vorgänge in Zaire haben die Sorge verstärkt, daß der Westen Gefahr läuft, seinen Einfluß auf Schwarzafrika endgültig zu verlieren; und das, obwohl die westlichen Länder nicht nur weit mehr Entwicklungshilfe als der Osten geleistet haben, sondern obendrein noch bereit sind, die restlichen „Enklaven weißer Herrschaft“ schwarzafrikanischen Revolutionären buchstäblich ans Messer zu liefern. Der Westen ist in Afrika ständig auf dem Rückzug, weil seine Regierungen, ängstlich um Nichteinmischung bemüht, den anderen die Entscheidung überlassen, wie das Prinzip „Selbstbestimmung der Völker“ praktisch angewandt zu werden hat.

Wie unrealistisch eine solche Haltung ist, zeigt sich schon daran, daß gerade dasjenige europäische Land am meisten Ansehen und Einfluß in Afrika behalten hat, das es mit der Nichteinmischung am wenigsten ernst nahm, nämlich Frankreich. Frankreich blieb sich als einziges Land bewußt, daß man in die Freiheit entlassene ehemalige Kolonialvölker nicht der Gefahr innenpolitischer Auseinandersetzungen überlassen kann. Denn der Sinn der Entkolonialisierung konnte doch wohl nicht sein, daß die befreiten Völker nun beliebig den Machtkämpfen eigener Herrschaftsanwärter ausgeliefert wurden. Was die antirassistischen Politiker des Fortschritts, die den Entkolonialisierungsprozeß so übereilt vorangetrieben haben, unbeachtet ließen, ist, daß es in Schwarzafrika nicht nur einen Gegensatz zwischen Schwarz und Weiß gab und gibt, sondern daß zwischen den schwarzen Völkerstämmen selbst mindestens ebenso große Gegensätze bestehen, die unter weißer Herrschaft weitgehend ausgeglichen werden konnten, die aber nach der „Befreiung vom kolonialen Joch“ verstärkt ausbrechen mußten. Gerade diese Gegensätze haben die Chance wirtschaftlicher Entwicklung erheblich beeinträchtigt und auch Entwicklungshilfe in ihrer Wirksamkeit fraglich werden lassen.

Sieht man sich die recht unterschiedlichen, insgesamt aber wenig befriedigenden Erfolge der Entwicklungshilfe näher an, so wird deutlich, daß man nur dort wirtschaftlich vorangekommen ist, wo politische Ruhe herrschte und eine große Zahl weißer Wirtschaftsfachleute zur Mitarbeit herangezogen werden konnten – was besonders für frankophone Länder zutrifft. Überall dort aber, wo politischer Umsturz die Weißen wieder außer Landes trieb, kam es zu wirtschaftlicher Stagnation oder gar zum Kollaps. Und dort wurde auch die schwarze Bevölkerung weit mehr als sonst terrorisiert und verelendet.

Diese Angewiesenheit auf Kontinuität in der Initiative von weißen Fachkräften wird noch für weit mehr als eine Generation gelten müssen. Auch in Ländern wie Kenia und der Elfenbeinküste müßte der erreichte Wohlstand wie ein angestocheener Luftballon schrumpfen, wenn die weißen Fachkräfte das Land verlassen müßten oder auch nur an Zahl abnehmen würden.

Der Westen hat ein lebenswichtiges Interesse daran, sich Afrika als wirtschaftliches und strategisches Hinterland zu erhalten. Seine Politik braucht deshalb nicht gegen humanitäre Grundsätze zu verstoßen. Sie muß aber davon ausgehen, daß wahre Humanität das Wohlergehen der Mehrheit der Schwarzafrikaner über das Machtinteresse schwarzer Revolutionäre zu stellen hat. Revolutionäre geben immer vor, dort die allein befähigten Sachwalter nicht nur ihrer eigenen, sondern auch

aller anderen Stämme ihres Landes zu sein. Eine Nichteinmischungspolitik dürfte für die schwarze Bevölkerung daher weit mehr als problematisch sein.

In unserem Auswärtigen Amt ist schon lange die Rede davon, wir müßten nun endlich einmal auf seiten der Sieger sein. Und das wären die Revolutionäre in Namibia, Rhodesien und Südafrika; denn hinter ihnen stünde ganz Schwarzafrika. Abgesehen davon, daß dies ein machtpolitisches und kein humanitäres Argument ist, dürfte es nicht einmal zutreffen. Es zeigt nur, wie sehr dem Westen das Gesetz des Handelns abhanden gekommen ist, weil seine Regierungen nicht mehr zu Aktionen, sondern nur noch zu Reaktionen fähig sind.

Ehe die portugiesischen Kolonien – übrigens nicht ohne die moralische Unterstützung des Westens – dem Kommunismus zum Opfer fielen, hatte sich bereits ein Kompromiß zwischen Vorster und schwarzafrikanischen Ländern angebahnt. Die Szenerie änderte sich, als Sambia zwischen die Mühlsteine der beiden kommunistischen Nachbarländer geriet und Kaunda sich zu einer politischen Schwenkung gezwungen sah, nicht zuletzt darum, weil die westlichen Länder wiederum allzu beflissen einseitig Stellung gegen die weißen Regierungen im südlichen Afrika bezogen.

Nicht zufällig waren es ausgerechnet einige frankophone Länder, die sich dem südlichen Afrika gegenüber auch weiterhin noch kompromißbereit zeigten und nicht in die Haßgesänge der anderen einstimmten. Was man auch an der weißen Herrschaft im südlichen Afrika berechtigterweise aussetzen kann, wenn man mit europäischen Maßstäben mißt, so darf man doch deshalb nicht die Frage außer acht lassen: In welchen schwarzafrikanischen Ländern hat die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung tatsächlich ebensoviel oder gar mehr Sicherheit als in den noch bestehenden „Enklaven weißer Herrschaft“? Und wie steht es dort mit der Demokratie und den Chancen der Wohlstandsentwicklung?

Auch schwarzafrikanische Regierungen sind bereit, eine Machtpolitik westlicher Länder, die Kompromisse verlangt, zu respektieren, wenn solche Kompromisse klar und eindeutig Entwicklungsmöglichkeiten erkennen lassen. Wenn aber eine solche Politik ausbleibt, haben sie allerdings auch keine Hemmungen, westliche Geberländer vor die Schienbeine zu treten. Es wäre für den Westen klüger gewesen, mit den weißen Regierungen im Süden Afrikas Kontakt zu behalten und ihnen eine konstruktive Beteiligung an der Afrikapolitik zu übertragen. Selbst wenn es Jahre gedauert hätte, um in realistischer Weise zu klären, wie in Rhodesien, Südafrika und Namibia Vertreter der schwarzen Bevölkerung an der Macht beteiligt werden könnten, ohne Entwicklung und Wohlstand dieser Länder zu beeinträchtigen, so wäre ein solches Tempo durchaus afrikagemäß gewesen. Spätestens aber hätte dies begonnen werden müssen, als sich in Namibia und Rhodesien ein Kompromiß zwischen Schwarz und Weiß anbahnte. Warum sollen eigentlich kompromißbereite schwarze Politiker unzuverlässiger als Alles-oder-nichts-Revolutionäre sein?

Denn was ist künftig für den Fall zu erwarten, daß in Namibia die SWAPO und in Rhodesien die Patriotische Front an die Macht kommen? Verhältnisse wie in Angola und Mozambique sind das allein Wahrscheinliche: d. h. der Exodus der Weißen, Kämpfe und Unterdrückung durch schwarze Machthaber und damit eine Vernichtung des heutigen Entwicklungsstandes. Noch Schlimmeres müßte sich für das industrialisierte Südafrika ergeben. Selbst wenn auch hier ein Auszug der Weißen möglich wäre, würde deren Verschwinden die Gegensätze der Stämme und ihrer Politiker virulent machen und den Rücksichtslosen unter ihnen – sicherlich nicht ohne östliche Hilfe – zum Siege verhelfen. Oder würde der Westen dann seine Nichteinmischungspolitik aufgeben? Wie sollte aber dann eine Einflußnahme aussehen? Etwa in Gestalt eines direkten militärischen Eingreifens?

Andererseits ist aber ein – wenn auch nur sehr allmählicher – Wandel in diesen Ländern bereits erkennbar. Wenn er Erfolg haben soll, darf er auch nur sehr langsam vor sich gehen; und das auch nur, wenn er nicht ständig von subversiven Störaktionen behindert wird. Allerdings gibt es in Schwarzafrika und der westlichen Welt „antirassistische Rassisten“, denen ein solcher Erfolg nicht in die eigene Ideologie passen würde, weil sich gerade am Erfolg zeigen müßte, wie sehr Schwarzafrika einer pragmatischen Form der Hilfe bedarf und wie wenig ihm die Ideologie des Westens nützt, die so tut, als wären die Menschen nicht nur gleichwertig, sondern auch gleichartig.